A13: Bekenntnis der Linken Leipzig zur feministischen Erneuerung

Einreichende: Ariane Barth, Johanna Schönborn und Johannes Schmidt

Unterstützende: Robby Aydin, Robert Gruner, Franziska Kage, Tom Knappstein, Marthe Melde, Stefan Nagel, Bosse Rosenow

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Der Stadtparteitag bekennt sich zum Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt sowie zum Beschluss P13 „Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE“.[1]

2. In diesem Zusammenhang erkennt der Stadtverband die kollektive Verantwortungsübernahme sowie die Transformative Gerechtigkeit als grundlegende Begriffe unseres feministischen Anspruchs an und ermutigt alle Strukturen im Sinne dieser Begriffe zu einem Umgang und eine Parteikultur zu organisieren, die Betroffene nicht alleine lässt, Vorkommnisse nicht verschweigt oder runterspielt und ausübende Personen im Sinne unseres Leitfadens Verantwortung für ihr Handeln tragen lässt, ohne Struktur- oder Täterschutz zu betreiben.

3. Der Stadtparteitag erkennt, dass wir in der Umsetzung unseres feministischen Grundkonsenses insbesondere im Bereich der Transformativen Arbeit inhaltliche und strukturelle Defizite haben. Aus diesem Grund wird der Stadtvorstand beauftragt eine Analyse unserer Strukturen zu Wissens- und Schulungsstand durchzuführen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um sog. Transformative Arbeitsgruppen einzurichten.
4. In diesem Zusammenhang wird die betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit bei knappen Ressourcen und Kapazitäten prioritär fokussiert und abgedeckt.

5. Aus diesem Grund begrüßt der Stadtparteitag die Entscheidung des Stadtvorstandes aus dem März 2026, ein Budget für zum Beispiel Honorare, Schulungs- und Weiterbildungsangebote sowie zur Beanspruchung von parteiinterner oder externer Beratungsangebote für die Vertrauensgruppe einzurichten. Dieses soll in zukünftigen Finanz- und Haushaltsplanungen Berücksichtigung finden.

6. Der Stadtparteitag stellt fest, dass die feministische Erneuerung unseres Stadtverbands in den letzten zwei Jahren Fortschritte erreicht hat. Der Stadtverband dankt allen Strukturen und Mitgliedern, die sich aktiv beteiligen, unserem feministischen Anspruch gerecht zu werden und erkennt ihre Arbeit insbesondere im Rahmen der betroffenenzentrierten Unterstützungsarbeit an.

Begründung:

Unser Stadtverband wird größer, vielfältiger und bunter. Damit kommen verschiedenste Lebensgeschichten, Erfahrungen und Perspektiven zusammen und wir müssen unsere

[1] Beides sind Beschlusslagen der BPT aus 2022 und 2023: https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/ sowie https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/erfurter-parteitag-2022/live/detail/den-grundkonsens-erneuern-fuer-eine-feministische-linke-1/

Räume für Parteiarbeit und Veranstaltungen neu denken.

Insbesondere in Leipzig arbeiten wir aktuell an der Schaffung und Gestaltung von nachhaltigen Awareness-Strukturen, um unsere Parteiräume und -arbeit sicher zu gestalten.

Die Partei Die Linke ist eine feministische Partei. Mit diesem Anspruch haben wir nach #LinkeMeToo unseren Grundkonsens in dieser Hinsicht erneuert und entsprechende Strukturen und Prozesse zum Umgang mit grenzüberschreitendem Verhalten und sexistischer Gewalt geschaffen.

Mit dem Beschluss im Jahr 2023 wurden entsprechend zwei Begriffe geprägt und für unsere Partei als konzeptionelle Grundlage festgelegt: die kollektive Verantwortungsübernahme und die Transformative Gerechtigkeit.

Das Konzept der kollektiven Verantwortungsübernahme wurde von INCITE! geprägt, einem im Jahr 2000 gegründeten Netzwerk radikaler Feminist*innen of Color aus den USA. INCITE! nennt die folgenden vier Elemente als grundlegende Bestandteile (Grundpfeiler) des Konzepts. Sie gehören zusammen, d.h. sie können nicht einzeln angewendet werden:

1. kollektive Unterstützung, Sicherheit und Selbstbestimmung für betroffene Personen (siehe Leitfaden 2.1.: Arbeit mit der betroffenen Person: Unterstützung von Personen, die von sexistischer Gewalt betroffen sind; Förderung ihrer Selbstbestimmung);

2. Verantwortung und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Person (siehe Leitfaden 2.2.: Arbeit mit der der Gewalt beschuldigten Person: Verantwortungsübernahme durch die gewaltausübende Person und Verhaltensänderung);

3. Entwicklung der Community hin zu Werten und Praktiken, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind (siehe Leitfaden 2.3.: Arbeit in und mit der betroffenen Struktur: Maßnahmen innerhalb der Organisation, die Haltungen und Verhaltensweisen stärken, die sich gegen Sexismus und sexistische Gewalt richten);

4. strukturelle, politische Veränderungen der Bedingungen, die Gewalt ermöglichen (siehe Leitfaden 2.4.: „Alle Verhältnisse umwerfen“: Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, denen die Gewalt entspringt).

Da die genannten Grundpfeiler nicht einzeln angewendet werden können, ist eine Awareness-Haltung im Kern eine Grundvoraussetzung für die Anwendung von Transformativer Gerechtigkeit (TG) bzw. kollektiver Verantwortungsübernahme in Fällen von Gewalt.

In den letzten Jahren hat unsere Partei eine feministische Erneuerung eingeleitet und entsprechend der o. g. Beschlüsse u. a. Vertrauenspersonen als unabhängige Anlaufstellen für Betroffene eingerichtet und strukturell entsprechende Maßnahmen auch in Leipzig getroffen (z. B. Spezifizierung des Profils der Vertrauenspersonen, Satzungsänderungen, um Vertrauenspersonen in ihrer Tätigkeit zu bestärken, Schulungs- und Vernetzungsangebote ermöglicht und ein Budget für die Vertrauenspersonen eingerichtet). Das sind elementare Schritte, um die betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit und damit den Schutz von Betroffenen zu stärken. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Vertrauenspersonen ausschließlich für die Unterstützung von Betroffenen zuständig sind.

Doch um Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt zu begegnen ist es auch sinnvoll, mit den gewaltausübenden Personen umzugehen. Einen bewussten Umgang gibt es oft nicht. Das führt teilweise dazu das nicht gehandelt wird, das nichts passiert und das hat oft zur Folge, dass die betroffenen Personen sich zurückziehen. Stille Ausschlüsse finden statt. Im Rahmen unserer Parteiarbeit ist die Transformative Arbeit und deren strukturelle

Ausgestaltung ebenfalls eine wenig berücksichtigte Fehlstelle. Entsprechend gibt es Wissenslücken, es gibt keine Begleitung der Verhaltensänderung und der Reflektionsprozesse und teilweise ergeben sich schwere Fehler, welche insbesondere den Schutz der Betroffenen und ihre Wünsche unberücksichtigt lassen.

Doch aktives Handeln umfasst neben betroffenenzentrierter Unterstützungsarbeit und Prävention auch den Umgang mit gewaltausübenden Personen.
In zwei Veranstaltungen im Jahr 2026 haben wir mit Ann Wiesental uns dem Thema gewidmet und wollen nun von der Theorie in die Praxis schreiten. In einer Lesung sowie in einem ersten Workshop wurde deutlich, dass Transformative Arbeit nicht nebenbei und wie die Betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit den Schutz und das Wohl der Betroffenen im Fokus hat und ihr Einverständnis benötigt und nicht an dieser vorbei erfolgen kann. Des Weiteren ist der Wille der ausübenden Person notwendig, in einem ersten Schritt ist die Anerkennung der Betroffenenperspektive und die Akzeptanz der Benennung eine Grundlage.

Ann Wiesental hat 2007 den Awareness Ansatz in Deutschland initiiert. Sie ist aktiv in queer-feministischen und sozialen Bewegungen. Sie unterstützt Betroffene von Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt und macht Transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen. 2021 gründete sie zusammen mit anderen Awareness Gruppen das Awareness Institut (https://awareness-institut.net/). Im Unrastverlag erschien von ihr „Antisexistische Awareness – Ein Handbuch“, 2017 und RESPONS „Was tun bei sexualisierter Gewalt?- Handbuch für die transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen“, 2018 und „Haltung zeigen – Awareness als Antwort auf Diskriminierung und Gewalt“, 2025.

Zur Umsetzung wurden in den Veranstaltungen die Einrichtung von transformativen Arbeitsgruppen (TA-Gruppen) spezifisch betrachtet. Die Einrichtung von diesen Gruppen beansprucht verschiedene Ressourcen. Insbesondere in unserer Partei gibt es verschiedene Gliederungen und Strukturen, welche bei der Beteiligung und der Einrichtung von TA-Gruppen nicht außer Acht gelassen werden darf. Entsprechend sind personelle Ressourcen an geschulten Freiwilligen, mindestens in den SBVen, notwendig, da die TA-Arbeit in so einer Gruppe Monate bis zu eineinhalb Jahre beanspruchen kann und das Umfeld aktiv verschiedene Rollen abdecken muss: Unterstützung der Betroffenen, TA-Arbeit, Moderation des Prozesses im Umfeld. Aus diesem Grund wäre die Berufung/Benennung einer Gruppe für Transformative Arbeit mit einer Zahl X an Personen ein erster Schritt (ähnlich wie die Berufung der Vertrauenspersonen/-gruppe), aber kann nicht langfristig die Lösung sein, um die Kerngedanken der kollektiven Verantwortungsübernahme umzusetzen und selbstwirksame Organisationsentwicklung zu gestalten. Des Weiteren benötigt es insbesondere finanzielle Ressourcen, um Schulungen oder externe Begleitungen (Supervisionen oder Beratungen) von Fachberatungsstellen o. Ä. einzuberufen.

Nach Rückmeldung aus dem Bildungsangebot, wäre Die Linke, neben der IL, die erste Organisation, die TA-Gruppen bildet. Das wäre ein elementares Zeichen für die linke Szene generell und Die Linke Leipzig hätte damit eine Möglichkeit führend und in eine Vorreiterrolle zu gehen. Zudem können wir nur aktiv den Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt umsetzen und damit unsere feministische Erneuerung vorwärtsbringen, wenn wir diesen Aspekt des Konzepts auch strukturell sichern.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: